



Caritasverband für
die Stadt Bonn e.V.



Haus Mondial



Gruppe Bonn

Einladung
zu einer Podiumsdiskussion und Aussprache zum Thema

Die Bundeswehr in Syrien und Irak
Was treibt sie dorthin und wohin treibt sie überhaupt?

Montag, 12. September, 19 Uhr
im Haus Mondial des Bonner Caritasverbands
Bonn | Fritz Tillmannstraße 9

mit den Bonner Bundestagsabgeordneten

- Katja Dörner/B90-Grüne
- Ulrich Kelber/SPD
- Dr. Claudia Lücking-Michel/CDU
- Dr. Alexander Neu/Linke

und dem Arzt und Friedensaktivisten

- Matthias Jochheim/IPPNW

Moderation: Martin Singe/Grundrechtekomitee und Pax Christi

Trägerschaft: Bonner Friedensbündnis, Haus Mondial/Fachdienst für Integration und Migration des Caritasverbands für die Stadt Bonn, Pax Christi Gruppe Bonn

Eintritt frei – Spenden willkommen

***„Was 2011 als lokaler innenpolitischer Konflikt in Syrien begann,
ist durch aggressive regionale und internationale Einmischung ein Flächenbrand geworden.“***

K. Leukefeld, Flächenbrand, Köln 2015, S. 194

In Verlaufe von bald fünfeinhalb Jahren Krieg ist Syrien zum Spielball der Interessen- und Machtpolitik ausländischer Akteure geworden. Die USA und ihre Partner und Verbündeten betrieben von Anfang an und mehr oder weniger offen einen Regimewechsel. Russland, China und der Iran unterstützen dagegen das Assad-Regime und bestehen auf einer Lösung mit Assad. In diesem Klima gediehen mit direkter und indirekter Unterstützung der ausländischen Assad-Gegner der „Islamische Staat“ (IS, Daesh) und andere dschihadistische Gruppierungen. Nach dem Abzug syrischer Armeeeinheiten konnten kurdische Kräfte im Nordosten, zwischen IS und Türkei, die Kontrolle übernehmen und eine Übergangsverwaltung errichten. Der Krieg in und um Syrien soll bisher 280.000 bis 400.000 Menschenleben gefordert haben. Im Zuge der fatalen Entwicklung wurden Infrastruktur und Lebensgrundlagen weitgehend zerstört. Etwa die Hälfte der Bevölkerung sah sich zur Flucht gezwungen, rund 6,5 Millionen zur Flucht im eigenen Land, fast 5 Millionen in Nachbarländer und nach Europa. Von europäischen und deutschen Politikern und Politikerinnen und großen Teilen der Bevölkerung werden diese Fluchtbewegungen als Bedrohung der eigenen Sicherheit und des eigenen Wohlstands gekennzeichnet und gesehen; der eigene Anteil an der Entwicklung wird kaum reflektiert.

Dabei agiert inzwischen auch Deutschland in Syrien und im Irak offen militärisch. So hat das Bundeskabinett Anfang Dezember 2015, knapp drei Wochen nach den Terroranschlägen von Paris, eine direkte Beteiligung an dem von Frankreich proklamierten „Krieg“ gegen den Islamischen Staat in Syrien und im Irak beschlossen. Wenige Tage später stimmte der Bundestag mit der Mehrheit der Regierungsfractionen zu. Im Nordirak wurden die Kurden bereits im Herbst 2014 mit militärischer Ausrüstung, Waffen und Munition gegen den IS unterstützt; seit Februar 2015 leistet die Bundeswehr auch allgemeine Ausbildungshilfe. Welche der zahlreichen Rebellengruppen der angeblich „moderaten Opposition“ gegen Assad die Bundeswehr sonst noch auch militärisch unterstützt, behandelt die Bundesregierung als „vertrauliche Verschlussache“ (vgl. BT-Drucksache 18/7114). Insbesondere das Bundeswehrmandat vom Dezember 2015 ist weiterhin politisch, rechtlich und ethisch hoch umstritten. Wie dieser Einsatz beispielsweise zur Lösung der anhaltenden, durch den Deal mit der Türkei vorübergehend „gedeckelten“ Flüchtlingskrise oder zur Unterbindung des mittlerweile auch in Deutschland angekommenen Terrorismus beitragen könnte, ist nicht ersichtlich.

Betrachtet man Deutschlands militärisches Engagement im Mittleren Osten im Licht des Verantwortungspathos des Herrn Gauck und anderer tonangebender PolitikerInnen und im Licht der mit dem neuen Weißbuch bestimmten militärpolitischen Linie, drängen sich grundsätzliche Fragen auf. Geht es Berlin dabei wirklich um Frieden und Menschenrechte? Oder vielmehr um größeren Einfluss in der Region und eine engere wirtschaftliche und politische Anbindung dieser Länder an Deutschland und die EU – für „unseren Wohlstand und unsere Werte“? Soll der Verteidigungsbegriff abermals erweitert und zudem das Parlamentsbeteiligungsrecht des Bundestags eingeschränkt werden, um die Mandatierung von Auslandseinsätzen künftig noch reibungsloser über die Bühne bringen zu können? Sind die Auslandseinsätze der Bundeswehr etwa auch – wie es Frau von der Leyen vorzuschweben scheint – als Übungsgelegenheit für den Einsatz der Bundeswehr im Innern gedacht? Wie verträglich ist das alles mit dem Friedensgebot unseres Grundgesetzes und den Grundprinzipien der UN-Charta? ...

STOPPT DEN KRIEG!

**Bonner
Friedensbündnis**

ViSdP: Dr. Albert Fuchs